

LEITARTIKEL

Teure Rolle als Schutzmacht

Die Litauen-Brigade der Bundeswehr wird Milliarden verschlingen – Die Finanzierung ist aber ungeklärt

Boris Pistorius ließ in der jüngsten Sitzung des Verteidigungsausschusses einen kleinen Sprengsatz explodieren. Nein, der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt tat es nicht selbst. Er schickte einen leitenden Beamten. Auch war der Sprengsatz lediglich finanzpolitischer Art. Doch er hatte es in sich.

Der SPD-Politiker ließ seinen Beamten nämlich erklären, dass die ständige Bundeswehr-Brigade in Litauen bis zu zehn Milliarden Euro kosten werde – und das als Anschubfinanzierung. Die laufenden Kosten wie etwa jene fürs Personal sind da noch gar nicht eingerechnet. Zehn Milliarden Euro, das sind rund zwanzig Prozent des laufenden und ohnehin knappen Wehretats.

Daraufhin äußerte sich Unionsfraktionsvize Johann Wadepful in einer Weise, die an ein in Pistorius' und Wadepfuls Jugendzeiten be-



MARKUS DECKER
ksta-politik@kstamedien.de

Schutzmächten im Kalten Krieg. Pistorius erinnert immer wieder daran, was das etwa für seine Heimatstadt Osnabrück bedeutete: Britische Soldaten gehörten zum Stadtbild. Sollte es früher oder später zu einem russischen Angriff auf das Baltikum kommen, dann wären deutsche Soldaten automatisch involviert. Tatsächlich ist diese Kriegsgefahr heute größer, als sie es bis 1989 war. Die eigene Rolle als Schutzmacht ist ins Bewusstsein der Deutschen noch nicht eingesickert.

Offen ist zudem, ob der Verteidigungsminister die 5000-köpfige Truppe zusammenbekommt. Es gilt das Prinzip der Freiwilligkeit, und für die Frauen und Männer ist damit die Entscheidung verbunden, ein neues Leben zu beginnen. Deshalb geht es in Litauen auch nicht allein um Kasernen, sondern ebenso um Jobs für die dazugehörigen Partner sowie Kindergärten und Schulen für etwaige Kinder. Das Projekt ist eine krasse Zäsur.

Pistorius' Botschaft war gewiss auch im Bundesfinanzministerium zu hören. Dort sollen in den nächsten Wochen der Bundeshaushalt 2025 und die mittelfristige Finanzplanung entstehen. Der Betrag zehn Milliarden Euro macht abermals klar: Ohne neue Schulden wird beides nicht gelingen. Die laufenden Kosten der Litauen-Brigade werden schließlich ebenfalls horrend sein.

Hinzu gesellen sich nötige Investitionen in die Ankurbelung der Wirtschaft, für Digitalisierung und Klimaschutz. Verteidigungsminister Boris Pistorius will Finanzminister Christian Lindner (FDP) Beine machen. Nur, ob der auch wirklich bezahlt?

Die Brigade soll erst bis 2027 in Dienst gestellt werden. Legt man die Schwäche der Ampelkoalition und die Umfragen zugrunde, dann wäre der Verteidigungsminister in drei Jahren wohl gar nicht mehr im Amt. Im Übrigen ist die Verteilung der Kosten mit Litauen nicht abschließend geklärt. Boris Pistorius jedenfalls folgt einer richtigen Idee. Er hat die Rechnung jedoch ohne den Wirt gemacht. Das muss man ihm ankreiden.

KOMMENTAR

Macron im Wahlkampf

Mit Europa-Rede will der Präsident Punkte machen

Der gewählte Ort für Emmanuel Macrons Grundsatzrede zu Europa war kein Zufall, genauso wenig wie der Zeitpunkt. In der renommierten Pariser Universität Sorbonne hatte Frankreichs Präsident bereits im Herbst 2017 eine vielbeachtete, da höchst ambitionierte Ansprache zu seiner Vision von der EU gehalten.

Manche seiner damaligen Vorschläge wie jener eines gemeinsamen Finanzministers der Euro-Zone

Macron hat längst nicht mehr denselben Rückhalt wie vor sieben Jahren

verpufften. Auch die damals versprochene „Neugründung Europas“ erwies sich als Worthülse. Immer wieder irritierte Macron stattdessen mit Alleingängen oder nicht abgestimmten Vorstößen. Dennoch wirkte er zweifellos seit 2017 als Impulsgeber im Kreis der 27. Wer, wenn nicht er?



BIRGIT HOLZER
ksta-politik@kstamedien.de

Indem er früh mehr Souveränität und Unabhängigkeit der EU forderte, ob in Fragen der Verteidigung oder der Energieversorgung, zeigte sich Macron visionär. Zu seinen größten europapolitischen Erfolgen zählt, Berlin im Sommer 2020 zur Aufnahme gemeinsamer Schulden überzeugt zu haben, um einen Wiederaufbauplan nach der Pandemie zu finanzieren. Sein Interesse ist es heute, das zu unterstreichen.

Denn der Präsident befindet sich im Wahlkampf – das erklärt den Zeitpunkt der Rede. Seine Partei Renaissance steht in Umfragen schlecht da. Eine echte Trendwende scheint nicht in Sicht. Macron hat längst nicht mehr denselben Rückhalt in der Bevölkerung wie vor sieben Jahren, etliche haben sich desillusioniert oder wütend abgewendet. An seine leidenschaftlichen, stets überlangen Reden haben sich die Menschen gewöhnt.

Indem er große Erwartungen weckt, droht die Gefahr zu enttäuschen – so wichtig es bleibt, proeuropäisches Engagement zu verkörpern. Und das kann Macron wie kaum ein anderer.



Thomas Plaßmann

INTERVIEW

„Woelki zieht eine Pilatus-Nummer ab“

In der Schmerzensgeldklage eines Missbrauchsoffers gegen das Erzbistum Köln geht es um die Frage, ob Priester Hans Ue. in seiner Freizeit zum Täter wurde



NORBERT LÜDECKE
war von 1998 bis 2022 Professor für Kirchenrecht an der Universität Bonn. Zum Fall von Melanie F. hat er auf Bitten ihres Anwalts eine gutachterliche Stellungnahme für das Landgericht Köln verfasst

Melanie F., Pflügetochter und Missbrauchsoffer des 2022 zu zwölf Jahren Haft verurteilten ehemaligen Priesters Hans Ue., klagt auf 850 000 Euro Schmerzensgeld gegen das Erzbistum Köln. Sie sieht die Kirche in Amtshaftung für die Verbrechen des Geistlichen. Das Erzbistum argumentiert, die Taten seien ohne einen ersichtlichen „Zusammenhang mit (kirchlichen) Dienstpflichten“ begangen worden. Die Verhandlung vor dem Landgericht Köln ist wegen Urlaubs der Bistumsvertreterin auf den 2. Juli verschoben worden.

Herr Professor Lüdecke, kann man Kardinal Rainer Woelki oder seine Vorgänger alle Ernstes in Haftung für alles nehmen wollen, was ein Geistlicher tut oder lässt? Oder gar eine Rundumkontrolle erwarten?

Wenn Sie so anfangen, führt das direkt auf eine völlig falsche Spur.

Warum?

Weil ein x-beliebiger Arbeitgeber natürlich nicht verpflichtet ist, das Privatleben seiner Belegschaft zu kontrollieren oder dafür geradezustehen. Ein Priester ist aber kein Angestellter mit Bürozeiten von neun bis fünf. Vielmehr gehört er von der Weihe an einem eigenen Stand an, dem Klerus. Als Kleriker und vorgängig zu irgendeinem konkreten Kirchenamt übernimmt der Priester unweigerlich, unteilbar und ununterbrochen bestimmte Standespflichten, die ihn umfänglich binden, rund um die Uhr, ausnahmslos.

Aber auch Priester haben ihren freien Tag. Sie nehmen Urlaub. Sie kaufen ein, besuchen Freunde, gehen ins Fitness-Studio, ins Theater oder ins Kino. Das sind doch keine Dienstzeiten.

Doch, das sind sie sehr wohl. Ein Pfarrer hat Urlaub, aber als Priester bleibt er im Dienst. Das ist gerade der Clou des katholischen Verständnisses von der Berufung in den Klerikerstand: Priester zu sein ist eine Lebensform, ist permanenter Dienst, völlige Verfügbarkeit. Der kirchenamtliche Signalbegriff lautet „Ganzhingabe“. Eben deshalb ist auch der Zölibat als Standespflicht nicht nur der Verzicht auf gelebte Sexualität, sondern eben auch auf Ehe und Familie.

Selbst wenn die Kirche das so sieht. Warum sollte sich ein staatliches Gericht dieser Amtsvorstellung anschließen?

Es kann gar nicht anders. Die Kirche hat – vom Grundgesetz verbrieft – das Recht zur selbstbestimmten Regelung ihrer internen Angelegenheiten. Dazu gehört ganz gewiss die Ausgestaltung ihrer Ämter. Der Staat darf da nicht hineinreden, er kann aber auch nicht davon absehen. Im Zweifel muss sich ein Ge-

damals war es nicht Aufgabe des Jugendamts, zu gewährleisten, dass die Übernahme der Pflegeschaft von kirchlicher Seite ausreichend gestützt und abgesichert ist. Diese Pflicht lag beim damaligen Erzbischof, Kardinal Joseph Höfner. Er hätte schauen müssen, ob die Übernahme des Sorgerechts für ein zwölfjähriges Mädchen überhaupt mit den priesterlichen Standespflichten vereinbar ist.

Und Sie würden sagen: Nein?

Es liegt auf der Hand, dass das elternähnliche Zusammenleben eines Priesters mit einer Zwölfjährigen und einem weiteren minderjährigen Kind in Spannung, wenn nicht im Widerspruch zur Zölibatspflicht steht. Deshalb hat der Vatikan 2004 eigens klargestellt, dass Klerikern die Adoption von Kindern verboten ist. Dass Höfner seinerzeit die Übernahme des Sorgerechts überhaupt erlaubt hat, ist schon völlig unverstänlich. Und dann sorgt er nicht einmal ansatzweise für eine angemessene Begleitung und Beaufsichtigung – das ist höchst fahrlässig.

Kann man eigentlich sagen, wie es der Anwalt von Melanie F. tut, die Pflügekinder seien weniger dem Pflegevater als der Institution Kirche in Obhut gegeben worden?

Absolut. Die Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit, die ein Priester ausstrahlt, beruhen auf der Autorität der Institution. Schon deshalb wäre die Kirche verpflichtet, ganz genau darauf zu achten, dass ihre Strukturen nicht Anlass zu Autoritätsmissbrauch geben.

Das steht vor dem Kölner Landgericht nicht zur Debatte.

In der Konsequenz schon. Verantwortung ist die Grundlage jeder Aufarbeitung. Was Kardinal Woelki zurzeit betreibt, ist Aufarbeitungssabotage erster Güte. Und die übrigen deutschen Bischöfe können sich ihre ganze Rhetorik dazu sparen, wenn sie ihren Kölner Mitbruder auf dieser Schiene weiterfahren lassen. Aber bislang schweigen sie dazu bedr.

Inwiefern beredt?

Na ja, ich befürchte: Die übrigen deutschen Bischöfe lassen den „bösen Woelki“ das jetzt vor Gericht durchziehen. Und wenn er damit durchkommt, also kein Schmerzensgeld zahlen muss, dann war's das für alle. Dann werden sich sämtliche Bischöfe auf Köln berufen und weiteren Betroffenen ebenfalls Entscheidungen verweigern. Sobald jemand mit Ansprüchen kommt, hohen Ansprüchen gar, werden die guten Hirten ganz schnell unfreundlich.

Das Gespräch führte
Joaquim Frank

PRESSESCHAU

Der laue Umgang der AfD mit Maximilian Kraus entlarvt die Parteispitze

CORRIERE DELLA SERA

MAILAND Der Skandal, der die extreme Rechte der Alternative für Deutschland heimgesucht hat, ist gigantisch. Die Partei ist in höchster Alarmstufe oder besser gesagt im Modus der Schadensbegrenzung. Bleibt die Frage: Wie sehr wird der Skandal der AfD schaden? Nach den Pro-Demokratie-Demonstrationen in diesem Winter ist die Partei auf 16 Prozent gesunken. Nichtsdestotrotz liegt sie bei den 14- bis 29-jährigen an erster Stelle und hat auf TikTok die meisten Anhänger. Wahrscheinlich wird sie sich wie in der Vergangenheit verhalten, die Schuld abwälzen und zwischen Opferrolle und Verschwörung hin und her schwanken.

LAUSITZER RUNDschau

COTTBUS Maximilian Kraus droht der AfD ihren Europawahlkampf zu verhaseln, noch bevor er offiziell begonnen hat. Für die Rechten ist es bereits ein eingetübtes Spiel, sich gegen Kritik und Vorwürfe aus den Medien oder von Behörden, sei sie auch noch so fundiert und gründlich zusammengetragen, zu wehren. Sie suhlen sich einfach in der Opferrolle. Doch gegen eine Institution wie den Generalbundesanwalt hat die AfD weder juristisch noch politisch eine Chance. Sie versucht (bisher) noch nicht einmal, die Vorwürfe kleinzureden. Spionage für eine formal ja immer noch kommunistische Supermacht? So verbreitet der Antiamerikanismus in der AfD auch ist, das können Politiker einer Partei, die sich selbst für wahnsinnig patriotisch hält, ihren Anhängern beim besten Willen nicht erklären.

Frankfurter Allgemeine

Wenn der nicht extremistische Teil der AfD recht hätte, dass die Partei den Etablierten moralisch überlegen sei, weil sie wahre Patrioten mit weißer Weste versammle, müsste es ein Leichtes sein, reinen Tisch zu machen. Im lauen Umgang mit Kraus Haldodri-Kurs gegenüber China und Russland zeigt sich stattdessen die ganze Doppelmoral der AfD, wenn denn von Moral noch die Rede sein kann. Dass sie nun wehklagt, Regierung und Parteien fielen über sie her, ist ein schlechter Scherz angesichts der Keulen, mit denen die AfD unterwegs ist. Stört es ihre Wähler, dass sie so verkommen ist? Leider viel zu wenige. Denn sie wissen nicht, was sie tun.



KÖLNER
STADT-ANZEIGER
MEDIEN

Ein DuMont Unternehmen

KÖLNER STADT-ANZEIGER

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont I, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Christian Himmeler (komm.).
Stellvertreter: Dr. Sarah Brasack, Martin Doidkeit.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefkorrespondent: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel, Veit Ellerbrock (Head of Digital).
Landeskorrespondent: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur).
Köln: Tim Attenberger; **Newsteam:** Kendra Stenzel; **NRW/Story:** Hendrik Geisler, Maria Dohmen; **Wirtschaft:** Thorsten Breikopf; **Sport:** Christian Lier; **Kultur:** Anne Burgen; **Magazin:** Eva Fiedler, Jenny Meysner; **Chefreporter:** Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberger; **Art Director:** Nikolas Janitzki; **Produktion:** Florian Summerich. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.), RND Berlin GmbH. **Auslandsvertretungen:** Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.

Nachrichtengenturen: dpa, afp, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 152, 50725 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Geschäftsführung: Christian Himmeler. Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 26 vom 1. Januar 2024 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-SERVICE
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23 32
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln

Anzeigen-SERVICE
Verantwortlich: Oliver Siegert.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Köln Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de